



Betriebsbedingungen und Arbeiterentlassungen, — die Einschränkung der Ueberstunden und Nachtarbeit in der Maschinenindustrie, die ansehnliche Arbeitslosigkeit (ein Chemnitz'ger Wohlfahrtsverein beschäftigte 4953 Arbeitslose mit Holzhaften!), der steigende Konsum von Pferde- und Hundfleisch, über den die Beamten von Chemnitz, Annaberg und Zittau berichten. Dies alles zeigt, daß der Optimismus, mit dem im allgemeinen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter geschildert werden, nicht durchaus gerechtfertigt ist. Auch die Löhne der Arbeiter sollen meist gestiegen sein, vermindert bis zu 10%. Man weiß aber, daß es sich dann meist nur um die Erfolge von Lohnbewegungen der Arbeiter handelt. Im übrigen werden für einzelne Industrien auch Lohnvermindierungen zugegeben. Der Annaberger Beamte hat eine Lohnklassenübersicht veröffentlicht, wonach u. a. jüngere Lithographen und Schriftsetzer 5—600 Mk., ältere Steindrucker, Lithographen und Buchdrucker 6—800 Mk., gewandte Buch- und Steindrucker, Schriftsetzer, Lithographen, Lichtdrucker und Graveure 800 bis 1000 Mk., sehr tüchtige Arbeiter dieser Berufe 1000—1200 Mk., bessere desgl. 12—1500 Mk. und Faktoren 15—1800 Mk. pro Jahr verdienen. Wir geben diese Zahlen mit Vorbehalt wieder, da sich nicht ersehen läßt, ob sie sich auf Durchschnitt der Lohnbücher oder auf allgemeine Mitteilungen von Unternehmern oder Arbeitern beziehen.

Hinsichtlich der Arbeitszeit sind wenig Veränderungen vorgekommen, abgesehen davon, daß Ueberarbeit nicht mehr so häufig vorkommt, womit die Arbeiter meist zufrieden sind. In den Buch- und Steindruckereien bürgert sich die sogen. englische Arbeitszeit (aber 9 statt 8 Stunden), nämlich 4 1/2 Stunden früh und nachmittags ohne Frühstück- und Vesper- und mit nur 1/2-stündiger Mittagspause ein. Da diese Arbeitszeit in Konflikt mit den Jugend- und Arbeiterinnenschutzvorschriften steht, so gelangen häufig Besuche um Bestreitung von den Pausenvorschriften der letzteren zur Begutachtung der Inspektion. In einem die jugendlichen Arbeiter betreffenden Falle in Leipzig wurden trotz Verantwortung des Bezirksarztes auf Abraten der Inspektion die bezüglichen Ausnahmen abgelehnt, weil den Jugendlichen nicht einmal Zeit zur Einnahme des Bismarckbrodes bleibe, dagegen wurde sie bez. der Verkürzung der Mittagspause der Arbeiterinnen erteilt. Mit Recht bezweifelt der Bericht, daß die verkürzte Mittagspause auf die Dauer dem Wohlfinden der Arbeiter zuträglich sei, wodurch aber die Annehmlichkeit eines früheren Arbeitschlusses an Wert verliere. Die englische Arbeitszeit bedeutet lediglich eine Verdrängung des Betriebes mit erhöhter Ausnutzung der Arbeiter. Der Wegfall der Pausen rächt sich durch stärkere körperliche Ermüdung. Nur die weit von der Fabrik wohnenden Arbeiter haben davon einigen Vorteil.

Sehr freigebig waren die Behörden des wägenen Bezirks mit der Genehmigung von Ueberarbeit für erwachsene Arbeiterinnen; sie bewilligten 3 lithographischen Anstalten mit 100, 80 und 80, zusammen 260 Arbeiterinnen, an 15, 10 und 10 Tagen 1—1 1/2-stündige Längerbeschäftigungen, also zusammen 3500 Stunden Ueberarbeit. Eine Dresdener Druckerei, die Arbeiterinnen an Sebmashinen beschäftigt, wollte diese an Sonnabenden und Festtagsvorabenden über die gesetzliche Zeit hinaus beschäftigen und befristet auf diese Arbeiterinnen die Anwendbarkeit des § 137 der G. D., diese müßten, da sie Monatsgehalt bezögen und in 4wöchiger Rindlungsfrist ständen, als „typographische Beamtinnen“ angesehen werden. Die Firma wurde mit dieser Anschauung, sowie auch mit ihrem Gesuch in allen Instanzen, zuletzt vom Reichskanzler abgewiesen und mußte sich entschließen, männliche Arbeiter an den Sebmashinen anzustellen, die sie schwerlich Beamte titulieren dürften.

Eine Anzahl Sittlichkeitsvergehen, gegenüber Arbeiterinnen, die die Berichte von Chemnitz, Belpzig u. mitteln, sowie die sonstigen in Arbeiterinnenbetrieben wahrgenommenen Mängel und Uebertretungen begründen aufs Neue die Notwendigkeit der Anstellung weiblicher Inspektoren, die auch von der sächsischen Regierung nach der Erklärung ihres Bundesratsbevollmächtigten im Reichstage bereits in Aussicht genommen sein soll.

Die diesjährigen Inspektionsberichte erwähnen diese zeitgemäße Frage mit keinem Wort. Hoffentlich löst ihnen die vorgenannte Erklärung für das nächste Jahr ihr Schweigebrot.

Biel weniger zurückhaltend sind die sächsischen Beamten in der Schilderung der Wohlfahrtsrichtungen der Unternehmer. Daß dabei Fabrikbäder und Luftentfalls-, sowie Speiseräume als Beweise besonderer Arbeitgeberfürsorge aufgezählt werden, während sie doch lediglich gesetzliche Pflicht und von den Beamten einfach anzuordnen sind, haben wir schon des Ofteren beanstandet. Eigentlich muß es aber berühren, wenn der Leizpiger Beamte von der Buch- u. Steindrucker C. G. Raumann hervorhebt, daß diese Firma allen mindestens 5 Jahr bei ihr thätigen und noch dazu in Wochenlohn stehenden Arbeitern folgende großartige Vergünstigungen gewährt: bei Hochzeit und Todesfall in eigener Familie Urlaub und Mittagspfrichtigen zum Besuch der Kontrollversammlung 2 Stunden lang freie Zeit ohne Lohnabzug. Wenn das, was dem gewöhnlichsten Bureauarbeiter als selbstverständlich gewährt wird, den Arbeitern gegenüber eine so hervorragende Wohlfahrtsrichtung sein soll, daß nur 5-jährige Dienste in Vertrauensstellung (Wochenlohn) einen Anspruch darauf begründen, dann können wir bald erleben, daß auch der Arbeitslohn noch zu den besonderen Unternehmerwohlthaten gerechnet wird. Wir meinen, die Arbeiter sind es, die den Unternehmern Wohlthaten erweisen, daß sich diese mit Sinnprüden verzierte Häuser bauen können, denn die Unternehmer häufen von Jahr zu Jahr immer größere Schätze an, während die angeblich mit Wohlthaten überschütteten Arbeiter arm wie die Kirchenmäuse bleiben.

Der Arnsberger Bericht beklagt den Mangel eines Gewerbegerichts im Bezirk, bei dessen Vorhandensein der Inspektion ein gutes Teil ihrer Aufgaben erleichtert würden. In der gleichen Lage befinden sich aber auch die Bezirke Meißen, Burgau, Freiburg und Aue, und der 1897er Bericht für Aue hatte sogar die Kühnheit, selbst die Notwendigkeit eines solchen Gerichts zu bestritten. Dabei sind selbst große Städte, wie Reichenbach, Berdau, Annaberg, Buchholz, Freiberg (hat nur Vergerricht), Meißen, Plana u. ohne Gewerbegericht. Auch die dichtbesiedelte Amtshauptmannschaft Belpzig wartet vergebens auf ein solches Institut. Bei der in sächsischen Gemeindeverwaltungen herrschenden Reaktion bedarf es erst des gesetzlichen Zwanges von Reichswegen, e. e. die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt werden.

Die Unfallstatistik weist auch diesmal eine ganz erhebliche Zunahme der Fälle (von 17694 auf 19372) auf; sie beträgt 9,5%, während die gesamte Arbeiterchaft nur um 4% stieg. Seit 1894 haben sich die Unfälle um 51,6% gesteigert und die Zunahme im letzten Jahre läßt wenig Hoffnung, daß die wirtschaftliche Depression in dieser Hinsicht mildernd wirken würde. Das stetig wachsende Unfallrisiko entspricht auch der während der Krisis fortwährenden Verdrängung des Betriebes und Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter, und in dieser Beziehung können nur energische Arbeiter-schutzreformen und eine unter Mitwirkung von Arbeitern thätige Inspektion, die sich als Anwalt der Arbeiter und nicht als Vertrauensorgan der Unternehmer betrachtet, Besserung bringen.

**Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker,**

vom 19. bis 24. Juni in Mainz.  
Anwesend waren 82 Delegierte. Außerdem ist der Verbandsvorstand vertreten durch E. Döblin, Ad. Beyr und G. Eifer, der „Korrespondent“ durch die Redakteure L. Reghäuser und H. Häckel. Als Gäste sind anwesend: J. Dvoracek-Wien, Wpt. Schmolz-Strasbourg und J. Sebenmann-Berr.  
Den Bericht des Vorstandes gab Döblin. Er konstatierte, daß eiserückwärtig der Verband sich in jeder Beziehung vorwärts entwickelt habe. Die Uneinigkeit habe einem friedlichen Zusammenwirken Platz gemacht. Den Bahnen, welche die deutschen Buchdrucker in der gewerkschaftlichen Organisation eingeschlagen, haben sich verschiedene Gewerkschaften angeschlossen, ein Beweis, daß sie die richtigen waren. Dabei ist aber von der Gesetzgebung ein Geß in Aussicht gestellt worden, welches der Arbeiterbewegung einen schmerzlichen Schlag versetzen würde, wenn es gesetzliche Kraft erlangen sollte. Redner schlägt die Versammlung folgende Resolution vor:  
„In dem dem deutschen Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf „Zum Schutze des gewerblichen Arbeitsver-

hältnisses“ erblicken die Vertreter der im Verbands der deutschen Buchdrucker organisierten 20000 Gehilfen das Bestreben, das bestehende geringe Koalitionsrecht der Arbeiter vollständig illusorisch zu machen und in einseitiger Weise die Macht des Unternehmertums zu stärken, ein Bemühen, welches umso mehr die Arbeiter erbittert muß, als auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. vom 8. bis 13. Mai d. J. die Vertreter sich fast einstimmig für friedliche Verständigung durch Anbahnung von Tarifvereinbarungen mit dem Unternehmertum ausgesprochen und nur letztere beratliche Vereinbarungen abgelehnt und dadurch wirtschaftliche Kämpfe provoziert.

Der Verbandsstag des Verbandes der deutschen Buchdrucker protestiert gegen diesen, die Gemüter aufs äußerste erbitternden Gesetzentwurf und erwartet von der Volksvertretung im Interesse einer friedlichen Entwicklung der sozialen Verhältnisse die stritte Ablehnung desselben.

Zu diesem Protest glaubt er sich um so mehr berechtigt, als im Buchdruckerberufe der Beweis erbracht wurde, daß es bei beiderseitigem guten Willen möglich ist, auf dem Wege der Verständigung die wirtschaftlichen Kämpfe wesentlich zu beschränken.“

Nach kurzer Debatte wurde dieselbe einstimmig angenommen und dem Präsidium des Reichstages auf telegraphischem Wege übermittelt.

In der Diskussion über den Bericht des Vorstandes teilte H. Döblin Stuttgart das bekannte Wortkommen mit den Prinzipalen, sowie die vorgenommenen Ausschüsse. Dieselbe seien über die Köpfe der Mitglieder hinweg, gegen die statutarischen Vorschriften erfolgt. Es sei eine ganze Reihe von Kollegen, deren Handlungsweise nicht in dem Maße verbandsschädigend war, daß sie ausgeschlossen werden mußten, wie J. B. Jescher. Darum könne er sich mit dem Vorgehen des Vorstandes nicht einverstanden erklären.

Döblin weist an der Hand reichen Materials nach, daß in den bezüglichen Fällen der Vorstand absolut nicht anders handeln konnte, denn sonst hätte man ihm mit Recht Mäßigkeit in seiner Amtsführung vorwerfen können. Es sei einzig demokratisch gehandelt, wenn der Wille der Mehrheit zum Ausdruck komme. (Beifall.)

An der weiteren Debatte beteiligten sich noch eine Anzahl Redner, deren Meinung zum größten Teil die war, daß der Vorstand richtig gehandelt habe.

Bei der Abstimmung über die Grenzschicht des Rechenschaftsberichtes wurde dieselbe mit allen gegen eine Stimme erteilt.

**(Zweiter Verhandlungstag.)**

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde der Tagesordnungspunkt: Besprechung über den „Korrespondent“ zunächst verhandelt.

Hier lagen in der Hauptsache Anträge auf Einführung des Obligatoriums des „Korrespondenten“ vor. Von Seiten der Bellinwohner dieser Anträge, darunter auch der Redakteur Reghäuser, wurde angeführt, daß jene Einrichtung in hohem Maße zum Ausbau der Organisation beitragen würde und die Wege zur zweckmäßigsten Vertretung des Organs unbedingt gefunden werden würden. Die Gegner dieser Anträge hielten einerseits diesen letzten Punkt für besonders schwierig wegen des fortwährenden Wechsel der Konditionen und andererseits die durch das Obligatorium entstehenden Kosten für zu hoch, da sie bei dem jetzigen Mitgliederbestande von 26000 ca. 60000 Mk. betragen würden.

Ferner standen Anträge auf Verbilligung des Abonnements pro Quartal von 1 Mk. auf 75 bzw. 65 Pf. zur Beratung.

Nach zweistündiger Debatte wurde ein Schlufantrag angenommen (bei noch dreißig vorgeschickten Rednern) und die Einführung des Obligatoriums im Prinzip mit 45 gegen 30 Stimmen abgelehnt, dagegen folgender Beschluf gefaßt:

„Das Abonnement für den „Korrespondent“ wird auf 65 Pf. pro Quartal festgesetzt. Das Obligatorium ist den einzelnen Gauen zu überlassen.“

Die weitere Diskussion betraf die Einsetzung einer Prekommission, die Ausstattung des „Korrespondent“, Wünsche der Spezialbranchen und Beschwerden gegen die Redaktion.

Samtliche Redner sprachen sich gegen Schaffung einer Prekommission aus. Der Redaktion wurde allseitige Anerkennung gesollt und einige vorgebrachte Beschwerden wegen Abrechnung von Artikeln durch erklärende Ausprüche erledigt.

Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung sämtlicher, die bevorstehenden Punkte betreffenden Anträge. Bei der nun folgenden Festsetzung des Gehaltes für den Redakteur wurde dasselbe von 2200 auf 2500 Mk. erhöht. Ferner soll den Redaktionsbeamten pro Jahr ein Urlaub von 14 Tagen gewährt werden.

Als Redakteur wurde Reghäuser einstimmig wiedergewählt.

Nunmehr wurde in die Beratung der Abänderungsanträge zum Statut eingetreten.

Die Aenderung des Organisationsstiftes wurde abgelehnt, ebenso sämtliche Anträge zu den §§ 2 und 4, außer einer redaktionellen Aenderung in letzterem betreffend den Beitritt von Ausländern.

Der § 5, welcher den Ausschluß von Mitgliedern betrifft, zeigte nach eingehender Debatte das Resultat, daß der Paragraph in der alten Fassung bestehen bleibt und demselben kein Zusatz angefügt wird, wonach in außergewöhnlichen Fällen der Verbandsvorstand nach Zustimmung der Mehrheit der Gauvorstände einen Ausschluß vornehmen kann. Sämtliche anderen Anträge zum § 5 waren damit erledigt.

Die Schaffung eines Ausschusses begründete sich... München. Er verwarf die Möglichkeit einer solchen Einrichtung...

Da der Schluss der Tagungszeit herangerückt war, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

(Dritter Verhandlungstag.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Anregung Böblins beschloffen, am 24. Juni, dem Geburtstag...

Nunmehr wurde in die weitere Verhandlung wegen Schaffung eines Ausschusses eingetreten.

Ein Antrag auf Streckung der Bestimmung, daß der Zentralvorstand zeitweilig Erhöhung oder Herabsetzung des Beitrags...

Weitere Anträge auf Aufhebung der Gau-Einteilung wurden sämtlich abgelehnt.

Die Beratung der Anträge für die Wahl der Delegationen zur Generalversammlung hatte als Resultat, daß die alte Bestimmung bestehen bleibt...

Die längere Diskussion darüber, welcher Prozentsatz an die Gauklassen als Entschädigung für die Minderwertigkeit...

Nunmehr wurde in die Generaldiskussion sämtlicher die Unterstützung betreffenden Anträge eingetreten.

Der Hauptkassierer Eißler legte in ca. 2-stündigem Referat die Geschäftslage dar.

Der Hauptkassierer Eißler legte in ca. 2-stündigem Referat die Geschäftslage dar. Er warnte, auf die manchem geradezu unverständlichen Anträge auf Erhöhung der verschiedenen Unterstützungen einzugehen...

Darauf beschloß sich speziell mit dem § 2 (Gemeinregulierten Unterstützung) und er hält ihn für ungerichtet und bittet um Aufhebung desselben.

Nachdem sich noch mehrere Redner geäußert hatten und der Schluss der Sitzung gekommen war...

Hierauf nahm der Begründer des deutschen Buchdruckerverbandes, Artel, das Wort, da er zur Abreise gezwungen war...

(Vierter Verhandlungstag.)

Es wurde in der Generaldiskussion über die Unterstützungs-Anträge fortgefahren.

Reizhäuser zog das Referat aus den gegärten Reden dahin, daß man von einer Erhöhung des Beitrages wohl absehen und einer geringen Erhöhung der Leistungen zustimmen wird.

Der Antrag des Zentralvorstandes, daß die Mitglieder nach Abholzung ihrer Militärzeit ein Gesundheitsattest mitbringen sollen...

Als neue Paragraphen wurden festgelegt, daß solche Mitglieder, die als vorübergehend arbeitsunfähig ausgesprochen...

Ferner, daß ins Ausland reisende Mitglieder bei der nach fünf Jahren erfolgenden Rückkehr erst in die früher erworbenen Rechte eintreten...

Abgelehnt wurde der Antrag, daß Invaliden nicht im technischen oder kaufmännischen Betriebe von Druckereln beschäftigt werden sollen.

Da die Kommission für die Unterstützungsanträge ihre Tätigkeit noch nicht beendet hatte...

Böblin berichtete hierbei über die eingetretene Spannung zwischen der Schweizer und Deutschen Buchdrucker-Organisation.

Wie es sich bei der sogenannten Streifbretter-Vermittlung nach Luzern gezeigt hat...

Siebsmann-Bern erklärte, daß er nicht als Vertreter des Schweizer Typographenbundes spreche...

Nachdem Siebsmann-Bern und Raffin-Berlin die Haltung der „Heb. Typographia“ ebenfalls scharf verurteilt hatten...

Hierauf Schluss der Verhandlungen.

Schluss folgt.

Korrespondenzen.

Hannover. Achtung! Junge nach Hannover wegen Differenzen bei der Firma Wasserkauf & Co. fernzuhalten.

Berlin. Besammlung der Alltäre I des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Versetgenossen Deutschl.

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

München. Durch Vermittlung von Privatpersonen wurden namentlich in neuerer Zeit häufig jüngere Steinbruder...

kräftigen Imbiss, welcher in Schalks Hotel entnommen wurde, letzte der Zug unter den Klängen der Musik, jezt beim schönsten Sonnenschein...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...

München. Die Verwaltung der Kassette München des Vereins der Lith., Steinbr. und Versetgenossen...



Kollegen nicht als Lohnbrüder erscheinen will, soll Engagement unter 60 Schilling auf keinen Fall annehmen.

Die Verwaltung der Zeitschrift München.

Scalfeld. Der weisse Haubitzen von Albia mit seinem bekannten Auspruch: „Schon alles dagewesen“ wird wieder wal gütlich abgeblüht, denn das ist noch nicht einmal in unserer „kleineren Chronik“ Scalfelds der Lithographen-Vereinungs-Vorstand par excellence dagewesen, daß 7 Lithographenliste bei 3 Gebrühen lernen. Dieser überaus lehrreiche Zustand ist gegenwärtig in einer bliesigen Lithographen-Fabrik zu beobachten und dürfte denn doch etwas sehr tief bilden lassen und zum Nachdenken anregen. „Ach du lieber Gott!“ rief mal ein chriamrer Schneidermeister in W. mit Bedauern aus, als ein junger Lithograph sich eine Spize bestellte, und „Ach du lieber Gott!“ wird noch mancher, der jetzt in Massen gezüchteten jungen Lithographen mit Bedauern der Berufswahl ausrufen, wenns mal erst wieder zu „steifen“ anfängt. Denn, daß auf die jegige Sturm- und Drangperiode in einiger Zeit eine recht stöhnbare Krise folgen wird, ist sicher und schon dagewesen. Deshalb Lithographen und Steinbrucker organisiert euch noch jetzt, damit ihr den Schlag ordentlich parieren könnt. Saxa loquuntur! zu deutsch: Steine sprechen!

Berichtigung! In dem neuen Jahrgang „Lithograph“, der in Leipzig geborenen neuesten Zentralisation der Lithographen Deutschlands, befindet sich in Nr. 2 ein Cap, den ich dort in einer am 12. Mai stattgefundenen öffentlichen Versammlung gesagt haben soll, welcher folgendenmaßen lautet: „Der Berliner Streik wäre auch nur durch eine Lüge des Kollegen Schöppe verloren gegangen“. Diesen Satz, welcher mich und meine Ausführungen in ein ganz falsches Licht stellt, habe ich nicht ausgesprochen. Es ist festgestellt, daß der Streik durch unsofortiges Verhalten vieler Beteiligten sowohl als durch Fehler leitender Körperschaften verloren ging. Nach einer wahrheitsgetreuen Schilderung der letzteren, insbesondere des Fehlers Schöppe's bemerke ich: „Wenn es sich um Wohl und Wehe vieler handelt und weittragende Beschlässe erst in sehr kurzer Zeit gefaßt werden müssen, können Fehler gemacht werden, aber die Kritiker, welche während dieser Zeit abseits standen, müssen erst in Zukunft den Beweis erbringen, ob sie es in allen Lagen besser machen und richtiger handeln werden.“ Dies meine Ausführungen. Und nun noch kurz etwas über die neue Organisation. Hingegen hat im Laufe des Mai der Mittelberbestand der Krankentassen um 1 Pro. weniger zugenommen als im Vorjahr (nämlich nur um 0,6 Pro. gegen 1,6 Pro.). Allerdings muß bei der günstigen Lage auch einmal die Zunahme hoden, wenn neue Arbeiter nicht mehr vorhanden sind; aber eine ganze Anzahl von Massen zeigen direkt einen Rückgang der Beschäftigten. In manchen Berufen ist die Zahl der Beschäftigten selbst geringer als im Vorjahr. Im Baugewerbe zeigt sich jetzt, daß ein milder Winter auf das Baubedürfnis im Sommer verringert werten muß.

Berlin. F. Dübel.

Verschiedenes.

Unternehmer Tiroisimus. Ueber einen interessanten Vorgang aus dem Gebiete der industriellen Anghilungen wird wie folgt berichtet: Die Tapetenfabriken Deutschlands haben längst einen Ring geschlossen, wobei jedes Mitglied sich verpflichtete, bei einer Konventionstraße bis zu 3000 Mk. nur an Mitglieder des Tapetenhändlervereins zu liefern, die Tapetenpreise in der vorgeschriebenen Weise zu halten, sowie die Waren mit 125 Prozent Nutzen zu verkaufen. Die Wiener, dem Vereine nicht angehörende Tapetenhändler Ernst Heiden Sohn verkauft nun einzelne Waren unter dem vorgeschriebenen Preis, worauf seitens des Vorstehers des Fabrikanten-Vereins Max Langhammer-Chemnitz der Firma eine briefliche Aufforderung zuging, dem Vereine eine irechtmässige Buße von 100 Mk. anzubieten, da sonst die Sperte über sie verhängt werden würde. Als die Firma dieses Ansuchen zurückwies, wurde über sie die Sperte verhängt. Nunmehr erliche Heiden einen Antrag bei der Staatsanwaltschaft ein, gegen Langhammer eine Klage auf Erpressung einzuleiten. Die Staatsanwaltschaft entsprach diesem Antrage. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet und zahlreiche Zeugenvernehmungen angeordnet. Inzwischen wurden seitens des Fabrikantenvereins über 100 Händler ausgeperrt, welche gleichfalls die Gründung eines Verbandes planen.

Protokoll der Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Frankfurt a. M. Vordenhelm vom 8. bis 13. Mai 1899. Verlag der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands C. Legien, Hamburg 6. Die Schrift enthält eine sehr wertvolle Wiedergabe der Verhandlungen des für die deutsche Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung überaus wichtigen Kongresses. Diese Verhandlungen sind in der Zeit des Buchstauswurfes um so bedeutamer, als aus ihnen hervorgeht, daß es ein geradezu gemeingefährliches Treiben ist, wenn die Unternehmer die Regierung dazu drängen, eine Ausnahmegeretzgebung gegen die Arbeiterorganisationen zu schaffen. Deshalb ist die Lesüre des Protokolls Freunden wie Gegnern der Arbeiterbewegung dringend zu empfehlen. — Der Preis der 14 Bogen starken Schrift beträgt im Buchhandel 1 Mk. Mitglieder der Arbeiterorganisation erhalten dieselbe durch die Vertrauenspersonen resp. durch das Gewerkschaftsstatell unter dem Selbstkostenpreis für den Betrag von 25 Pf.

Zur Lage des Arbeitsmarktes. Eine merkwürdige Erscheinung ist auf dem deutschen Arbeitsmarkt eingetreten: Arbeitslosigkeit als Folge glänzender Geschäftslage! Die Berliner Verhältnisse, der Arbeitsmarkt, führt hierüber in ihrer neuesten Nummer aus: Die Kohlenbewerke können in der Hochkonjunktur nicht mehr allen Anforderungen gerecht werden, dies führt bereits zu Betriebsbeschränkungen in manchen Industrien; wenn speziell die Hochöfen sich einschränken müssen, so macht sich der entsprechende Mangel an

Koaks, Hoheisen und Halbzeug an den verschiedensten Stellen der Maschinen- und Metallindustrie geltend. So zeigt sich in der Hochkonjunktur auf der einen Seite Arbeitermangel und als dessen Folge auf der andern Seite Arbeitslosigkeit.

Arbeitermangel kommt im Kohlen- und Eisengewerbe zwar in jedem Frühjahr stets wieder vor. Was aber in diesem Jahr darüber berichtet wird, übersteigt alles sonstige Maß. Nach Schätzungen, wie sie in die Tagespresse übergegangen sind, sollen allein im nleberrelnisch-westfälischen Bergbau zur Zeit 15000 Bergleute fehlen. Ob der Arbeitermangel nun freilich allein an der Koaks- und Kohlennot schuld ist, deren Folgen so einschneidend für den Arbeitsmarkt sind, wäre noch zu untersuchen. Wenn z. B. die dem Kohlenhändler angehörigen Zechen ihr Quantum an Koaks nicht fördern, das Sundat also darum außer Stande ist, seinen Lieferverpflichtungen nachzukommen, so wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Abnahme der Förderleistung gegenüber den eingegangenen Verpflichtungen nicht immer aus dem Arbeitermangel, sondern vielmehr zu einem guten Teil auf den Wunsch der Zechen nach einer weiteren Steigerung der Kohlenpreise zurückzuführen sei. Diese Vermutung ist nicht ohne Belteres von der Hand zu weisen, da der Arbeitermangel sich mehr auf die Gruben und Zechen beschränkt, deren Kohlenproduktion neu, also bei der Uebernahme von Lieferungen für das laufende Jahr noch nicht mit in Rechnung gezogen ist. Die widersprüchsvollen Erscheinungen des Arbeitsmarktes treten auch darin zu Tage, daß die Arbeitsnachweise ein günstiges, die Krankentassen weit eher ein ungünstiges Zahlenbild geben. Die Arbeitsnachweise sind anbauend außer Stande, so viel Arbeiter zu beschaffen, wie von ihnen verlangt werden; auf 100 offene Stellen kamen im Monat Mai d. J. nur 98,9 Arbeitssuchende (gegen 114,1 im Vorjahre). Hingegen hat im Laufe des Mai der Mittelberbestand der Krankentassen um 1 Pro. weniger zugenommen als im Vorjahr (nämlich nur um 0,6 Pro. gegen 1,6 Pro.). Allerdings muß bei der günstigen Lage auch einmal die Zunahme hoden, wenn neue Arbeiter nicht mehr vorhanden sind; aber eine ganze Anzahl von Massen zeigen direkt einen Rückgang der Beschäftigten. In manchen Berufen ist die Zahl der Beschäftigten selbst geringer als im Vorjahr. Im Baugewerbe zeigt sich jetzt, daß ein milder Winter auf das Baubedürfnis im Sommer verringert werten muß.

Anzeigen.

Berlin III (Lithographen).

Allen Kollegen zur Nachricht, daß die nächste Vereinsversammlung ausnahmsweise nicht am 2. Mittwoch im Juli, sondern Mittwoch, den 19. Juli im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45, stattfindet.

Die Verwaltung.

Arbeitsnachweis

des schweizerischen Lithographenbundes. Die Adresse des Arbeitsnachweises unseres Bundes lautet: Friedrich Scherer, Arbeitstammer, Jährik 1, Rährnauerstraße 40. Der Zentral-Vorstand.

Vereins-Versammlungs-Kalender.

Table with 4 columns: Ort, Lokal, Versammlungstag, Beginn. Lists various locations and dates for union meetings across Germany.

Berlin. Verein der Lithographen, Steinbrucker u. Verlags. Deutsch. Filiale I, Steinbrucker u. Verlags. Donnerstag, den 20. Juni 1899, abends 8 1/2 Uhr General-Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c. Tages-Ord.: 1. Geschäftliches; 2. Rassenbericht und Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Wie stellen sich die Mitglieder zur Abfassung des 5. B. -Vertrabes? 4. Bericht und Neuwahl der Agitation-Kommission. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

Gau III Breslau.

2. Gau-Versammlung Sonntag, d. 30. Juli, im Gasthof zum Adler in Altwasser. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Gau-Kommission; 2. Wie betreiben wir die Agitation; 3. Etwalge Anträge; 4. Beschließenes. Wir ersuchen die zum Gau gehörigen Bezirksstellen, die Gauversammlung mit Delegierten zu beschicken. Zugleich ist von der Bezirksstelle Breslau angeregt, einen Ausflug in das Waldenburger Gebirge zu unternehmen. Derselbe ist so ausgearbeitet, daß auch die Delegierten der Gauversammlung daran teilnehmen können. Wir ersuchen die Kollegen um recht regen Beistellung. Die Verwaltung.

Achtung! Peipzig. Achtung!

Beifuss Hauptkontrole sind sämtliche Mitglieds- oder Beifussereidbücher am Sonnabend, den 8. Juli an Unterzeichneten abzugeben. Nichtbeachtung dieser Anforderung kann Streichung aus der Mitgliedsliste zur Folge haben. J. A. C. Grefmann.

Lithographen Leipzig's!

Jeden Sonnabend Abend treffen sich die Lithographen in der Schürsternsbe, im neuen Saale des Restaur. „Graphia“, Seeburgstr. 84. Dasselbst gemüthliches Beisammensein. Gleichzeitig werden die Lithographen darauf aufmerksam gemacht, daß am 8. Juli im obigen Saale eine Ausstellung englischer Plakate stattfindet. Auf Wunsch wird ein Kollege Erläuterungen dazu geben. Der Vertrauensmann der Lithographen Leipzig's Otto Grahamm.

Unterferteter Vorstand ersucht um gefl. Angabe der Adresse von Hugo Lehner, Lithograph. Der Vorstand der Lithographia, Bern.

Achtung! Der Steinbruder Max Weisberger, geb. in Großwardein in Ungarn, aulebt in München, ist nach Hinterlassung von ca. 100 Mk. Schulden von hier verduftet. Sollte W. irgendwo auftauchen, so werden die Kollegen ersucht, der Bezirksstelle München sowie der nächsten Polizeibehörde sofort Mitteilung zu machen. W. wird von der Staatsanwaltschaft in München verfolgt. Der Arbeitsnachweis der Zeitschrift München.